

Sitzungsniederschrift

23. Sitzung des Kreistages

Sitzungsort: KVHS Aurich, Oldersumer Straße 65 - 73, Raum 101		
Sitzungsdatum: 17.03.2016	Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr	Sitzungsende: 19:58 Uhr

Mitglieder / Anwesende	Fraktion Gruppe	Funktion Anmerkung
Vorsitz		
Thiele, Otto	SPD	
Mitglieder		
Agena, Garrelt	GRÜNE	
Akkermann, Hermann	SPD	
Albers, Angelika	GRÜNE	Fraktionsvorsitzende GRÜNE
Altmann, Gila	GRÜNE	Fraktionsvorsitzende GRÜNE
Beekhuis, Jochen	SPD	Fraktionsvorsitzender SPD
Behrens, Sven	CDU	anwesend bis TOP 11
Bikker, Johann	FW	
Biller, Anita	SPD	anwesend bis TOP 11
Bontjer, Johann	CDU	
Busker, Hinrich	SPD	
Carow, Johanne	FW	
Constant, Franz	FW	
Dirks, Friederike	CDU	
Dirksen, Dieter	CDU	
Forster, Hans	SPD	
Frerichs, Theo	CDU	
Gedes, Hilko	CDU	Fraktionsvorsitzender CDU
Gedes, Jens	SPD	
Griesel, Sigrid	GFA	

Harms, Antje	SPD	Stv. Landrätin
Harms, Erich	SPD	
Hasbach, Bernd	SPD	
Ihnen, Hermann	SPD	
Jelken, Friedhelm	CDU	
Jeromin-Oldewurtel, Beate	GRÜNE	
Kleen, Barbara	SPD	
Kleinert, Ingeborg	SPD	anwesend bis TOP 11
Lüppen, Christel	SPD	anwesend bis TOP 11
Meyerhoff, Barbara	SPD	
Meyerholz, Hans-Gerd	GFA	Fraktionsvorsitzender GFA / Gruppenvorsitzender GFA/FDP; anwesend bis TOP 8.7
Moroni, Hayo F.	FW	
Odens, Roelf	CDU	
Peters, Cornelius	SPD	anwesend bis TOP 11
Pickel, Sascha	SPD	anwesend bis TOP 17
Reinders, Hermann	CDU	
Röben, Hinrich	SPD	
Roß, Helmut	SPD	
Saathoff, Anneliese	GRÜNE	
Seelgen, Blanka	DIE LINKE.	
Sell, Erwin	SPD	
Siebels, Wiard	SPD	anwesend bis TOP 10
Sievers, Wolfgang	FDP	
Strömer, Wilhelm	FW	Stv. Landrat / Fraktionsvorsitzender FW / Gruppenvorsitzender FW/S.W.K.
Terfehr, Hans	SPD	
Trauernicht, Hinrich	SPD	
Weber, Harm-Uwe		Landrat
Weilage, Udo	CDU	
Wienbeuker, Johann	S.W.K.	
Wolters, Hayo	CDU	



Verwaltung

Puchert, Dr. Frank	Erster Kreisrat
Krabbe, Henni	Kreisrätin
Jelden, Frauke	Gleichstellungsbeauftragte
Kleen, Holger	
Malbrich, Silke	
Müller-Gummels, Rainer	Pressesprecher
Saathoff, Irene	
Schoone, Vera	Protokollführerin

Nicht anwesend:

Mitglieder

Behrends, Kuno	SPD	
Christians, Hilda	SPD	
Gossel, Arnold	CDU	
Kleen, Johannes	SPD	
Rahmel, Jürgen	GRÜNE	
Rinderhagen, Gerhard	CDU	
Roß, Jan	DIE LINKE.	Fraktionsvorsitzender DIE LINKE.
Tjaden, Hinrich	CDU	
Wilts, Elsche	GRÜNE	

TagesordnungÖffentlicher Teil:

1. Eröffnung der öffentlichen Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Genehmigung der Niederschrift - öffentlicher Teil - vom 15.12.2015
5. Einwohnerfragestunde
6. Umbesetzungen für verschiedene Ausschüsse und Gremien
Vorlage: VIII/2016/064
7. Jahresabschluss 2010
- 7.1. Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses für das Haushaltsjahr
2010 einschließlich Stellungnahme der Verwaltung
Vorlage: VIII/2016/031

7.2.	Jahresabschluss und Rechenschaftsbericht für das Haushaltsjahr 2010 Vorlage: VIII/2016/038
7.3.	Entlastung des Landrates für das Haushaltsjahr 2010 Vorlage: VIII/2016/039
7.4.	Ubbo-Emmius-Klinik -Vermögensverwaltung- des Landkreises Aurich; Beratung und Beschlussfassung über den Auftrag zur Prüfung des Jahres- abschlusses 2015 Vorlage: VIII/2016/036
7.5.	Pflege- und Betreuungszentren -Vermögensverwaltung- des Landkreises Aurich; Beratung und Beschlussfassung über den Auftrag zur Prüfung des Jahresabschlusses 2015 Vorlage: VIII/2016/037
8.	Haushalt 2016
8.1.	Ubbo-Emmius-Klinik -Vermögensverwaltung- des Landkreises Aurich; Beratung und Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan 2016 Vorlage: VIII/2016/034
8.2.	Pflege- und Betreuungszentren -Vermögensverwaltung- des Landkreises Aurich; Beratung und Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan 2016 Vorlage: VIII/2016/035
8.3.	Wirtschaftsplan 2016 Eigenbetrieb Kreisvolkshochschule Aurich Vorlage: VIII/2015/280-1
8.4.	Wirtschaftsplan inkl. Vermögensplan und Stellenplan 2016 Eigenbetrieb KVHS Norden Vorlage: VIII/2016/044
8.5.	Beantwortung der Anfrage Fraktion Freie Wähler vom 01.03.2016; Zu- sammenarbeit zwischen den beiden Volkshochschulen Aurich und Norden Vorlage: VIII-AF/2016/004
8.6.	Anträge zum Haushalt
8.6.1.	Antrag der GFA/FDP-Gruppe im Kreistag Aurich vom 25.11.2015; Gewäh- rung eines Darlehens an die Trägergesellschaft für die geplante Zentral- klinik bzw. Einlagenerhöhung Vorlage: VIII-AF/2015/039
8.7.	Stellenplan 2016, Teil A und B Vorlage: VIII/2015/205
8.8.	Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2016 Vorlage: VIII/2016/042
9.	Delegationsbeschluss zur Übernahme der ehemaligen "Blücherkaserne" in Aurich zur Notunterkunft von Flüchtlingen durch den Landkreis Aurich im Rahmen einer Verwaltungsvereinbarung Vorlage: VIII/2016/065
10.	Kreisschulbaukasse: Haupt- und Realschule der Stadt Aurich Vorlage: VIII/2016/004
11.	9. Änderung der Satzung über die Festlegung der Schulbezirke für die Schulen des Primarbereiches und des Sekundarbereiches I in der Träger- schaft des Landkreises Aurich Vorlage: VIII/2016/002
12.	Antrag Bündnis 90/Die Grünen, FW und GFA/FDP vom 12.11.2015: An- passung von Beförderungsabständen an den Regelbeurteilungszeitraum Vorlage: VIII-AF/2015/037

13.	Bericht des Landrates
14.	Einwohnerfragestunde
15.	Verschiedenes, Wünsche, Anregungen
16.	Schließung der öffentlichen Sitzung

Öffentlicher Teil:

TOP 1 **Eröffnung der öffentlichen Sitzung**

Vorsitzender Thiele eröffnete um 16:19 Uhr die öffentliche Sitzung.

TOP 2 **Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Vorsitzender Thiele stellte die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 3 **Feststellung der Tagesordnung**

Vorsitzender Thiele teilte mit, dass der Tagesordnungspunkt 13 „Antrag der GFA/FDP-Gruppe vom 16.11.2015 zum Flüchtlingskonzept; Vorlage VIII-AF/2015/036“ von der Tagesordnung genommen werde.

Sodann fasste der Kreistag folgenden Beschluss:

Die Tagesordnung des öffentlichen Teils wird in geänderter Form festgestellt.

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 50 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 4 **Genehmigung der Niederschrift - öffentlicher Teil - vom 15.12.2015**

Die Niederschrift vom 15.12.2015 zum öffentlichen Teil wurde genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 50 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➔ **einstimmig beschlossen**



TOP 5 Einwohnerfragestunde

Es lag keine Wortmeldung vor.

**TOP 6 Umbesetzungen für verschiedene Ausschüsse und Gremien
Vorlage: VIII/2016/064****Krankenhaus- und Heimausschuss**

Frau Christel Lüpken wird für Frau Antje Harms Mitglied. Gleichzeitig wird Frau Harms stellvertretendes Mitglied.

Wirtschaftsausschuss

Herr Erich Wagner, Wiesmoor wird für Herrn Jürgen Garrels, Aurich beratendes Mitglied.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 50 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0

➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 7 Jahresabschluss 2010

Abg. Meyerholz äußerte zu Tagesordnungspunkt 7.3, dass er diesem Punkt nicht zustimmen werde. Bereits vor sechs Jahren habe er mit dem damaligen Landrat Theuerkauf ausführlich über die UEK und die Pflegeheime diskutiert, die bereits damals ein starkes Minus eingefahren hätten. Der damalige Landrat Theuerkauf habe damals zwar gewusst, was auf ihn zukomme, habe aber keine Maßnahmen unternommen. Bereits vor sechs Jahren hätte man die Weichen stellen können für die jetzige Zeit, es sei jedoch nichts passiert.

**TOP 7.1 Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses für das Haushaltsjahr 2010 einschließlich Stellungnahme der Verwaltung
Vorlage: VIII/2016/031**

Der Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses für das Haushaltsjahr 2010 sowie die Stellungnahme der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

**TOP 7.2 Jahresabschluss und Rechenschaftsbericht für das Haushaltsjahr 2010
Vorlage: VIII/2016/038**

Die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen in der Ergebnisrechnung in Höhe von insgesamt 87.700,00 € sowie die über- und außerplanmäßigen Auszahlungen in der Finanzrechnung (Investitionstätigkeit) in Höhe von insgesamt 780.593,83 € werden zur Kenntnis genommen und genehmigt.

Der mit Datum vom 03.12.2015 durch den Landrat festgestellte Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2010 wird beschlossen.

Der Jahresfehlbetrag in der Ergebnisrechnung in Höhe von 2.182.961,44 € wird in der Bilanz nach § 54 Abs. 4 Nr. 1.3.2 GemHKVO ausgewiesen.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 50 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➔ einstimmig beschlossen

TOP 7.3 Entlastung des Landrates für das Haushaltsjahr 2010
Vorlage: VIII/2016/039

Dem Landrat wird für die Haushaltsführung im Haushaltsjahr 2010 die Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 40 Nein-Stimmen: 4 Enthaltungen: 6
➔ mehrheitlich beschlossen

TOP 7.4 Ubbo-Emmius-Klinik -Vermögensverwaltung- des Landkreises
Aurich; Beratung und Beschlussfassung über den Auftrag zur Prü-
fung des Jahresabschlusses 2015
Vorlage: VIII/2016/036

Der BDO AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft in Bremen wird auf Vorschlag des Rechnungsprüfungsamtes des Landkreises Aurich der Auftrag zur Prüfung des Jahresabschlusses 2015 der Ubbo-Emmius-Klinik –Vermögensverwaltung- des Landkreises Aurich erteilt.



Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 49 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 1
➔ einstimmig beschlossen

TOP 7.5 Pflege- und Betreuungszentren -Vermögensverwaltung- des Land-
kreises Aurich; Beratung und Beschlussfassung über den Auftrag
zur Prüfung des Jahresabschlusses 2015
Vorlage: VIII/2016/037

Der Steuersozietät Dr. Flick GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft in Aurich wird auf Vorschlag des Rechnungsprüfungsamtes des Landkreises Aurich der Auftrag zur Prüfung des Jahresabschlusses 2015 der Pflege- und Betreuungszentren – Vermögenverwaltung- des Landkreises Aurich erteilt.

Abstimmungsergebnis:

 Ja-Stimmen: 48 Nein-Stimmen: 1 Enthaltungen: 1
 **mehrheitlich beschlossen**



TOP 8 Haushalt 2016

TOP 8.1 Ubbo-Emmius-Klinik -Vermögensverwaltung- des Landkreises Aurich; Beratung und Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan 2016
Vorlage: VIII/2016/034

Dem Wirtschaftsplan für die Ubbo-Emmius-Klinik – Vermögensverwaltung – des Landkreises Aurich für das Wirtschaftsjahr 2016 wird mit folgenden ausgeglichenen Ergebnissen zugestimmt:

Jahres-Erfolgsplan 2016	4.615.700 Euro
Jahres-Vermögensplan 2016	4.003.500 Euro

Abstimmungsergebnis:



 Ja-Stimmen: 50 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
 **einstimmig beschlossen**

TOP 8.2 Pflege- und Betreuungszentren -Vermögensverwaltung- des Landkreises Aurich; Beratung und Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan 2016
Vorlage: VIII/2016/035

Dem Wirtschaftsplan für die Pflege- und Betreuungszentren – Vermögensverwaltung – des Landkreises Aurich für das Wirtschaftsjahr 2016 wird mit folgenden ausgeglichenen Ergebnissen zugestimmt:

Jahres-Erfolgsplan 2016	1.047.000 Euro
Jahres-Vermögensplan 2016	1.188.702 Euro

Abstimmungsergebnis:

 Ja-Stimmen: 50 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
 **einstimmig beschlossen**

TOP 8.3 Wirtschaftsplan 2016 Eigenbetrieb Kreisvolkshochschule Aurich
Vorlage: VIII/2015/280-1

Landrat Weber wies darauf hin, dass der Zuschuss in Höhe von bis zu 250.000 € lediglich bei Bedarf als Defizitabdeckung gezahlt werde.



Der Wirtschaftsplan der Kreisvolkshochschule Aurich wird für das Haushaltsjahr 2016

im Erfolgsplan mit	Erträgen von	6.835.000,00 €
	Aufwendungen von	6.835.000,00 €
im Vermögensplan mit	Einnahmen von	3.880.000,00 €
	Ausgaben von	3.880.000,00 €

festgesetzt.

Die im Vermögensplan 2015 der Kreisvolkshochschule Aurich veranschlagte und bislang nicht in Anspruch genommene Kreditermächtigung für Investitionen von 2.000.000,00 € sollen auf das Jahr 2016 übertragen werden.

Im Vermögensplan der Kreisvolkshochschule Aurich werden Verpflichtungsermächtigungen nicht veranschlagt.

Der Höchstbetrag, bis zu dem im Haushaltsjahr 2016 Liquiditätskredite zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen durch die Sonderkasse der Kreisvolkshochschule Aurich in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 1.000.000,00 € festgesetzt.

Der Kreisvolkshochschule Aurich wird bei Bedarf eine Defizitabdeckung in Höhe von bis zu 250.000 € gewährt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 42 Nein-Stimmen: 3 Enthaltungen: 5
 ➔ **mehrheitlich beschlossen**

TOP 8.4 Wirtschaftsplan inkl. Vermögensplan und Stellenplan 2016 Eigenbetrieb KVHS Norden
Vorlage: VIII/2016/044

Landrat Weber wies auch hier darauf hin, dass der Zuschuss in Höhe von bis zu 250.000 € lediglich bei Bedarf als Defizitabdeckung gezahlt werde.

Der Wirtschaftsplan Eigenbetrieb „KVHS Norden“ wird für das Haushaltsjahr 2016

im Erfolgsplan mit	Erträgen von	6.750.150,00 €
	Aufwendungen von	6.750.150,00 €
im Vermögensplan mit	Einnahmen von	1.169.000,00 €
€	Ausgaben von	1.169.000,00 €

festgesetzt.

Der Kreisvolkshochschule Norden wird bei Bedarf eine Defizitabdeckung in Höhe von bis zu 250.000 € gewährt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 42 Nein-Stimmen: 5 Enthaltungen: 3
 ➔ **mehrheitlich beschlossen**



TOP 8.5 **Beantwortung der Anfrage Fraktion Freie Wähler vom 01.03.2016;
Zusammenarbeit zwischen den beiden Volkshochschulen Aurich
und Norden**
Vorlage: VIII-AF/2016/004

Landrat Weber erklärte, er werde die Frage im Rahmen der Haushaltsberatung beantworten.

TOP 8.6 **Anträge zum Haushalt**

Kreisoberamtsrätin Saathoff stellte den Haushaltsentwurf 2016 vor (*siehe Anlage zum Protokoll*).

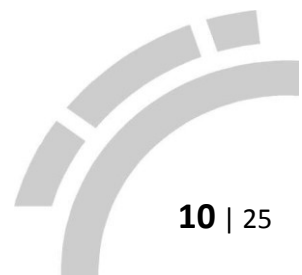
Abg. Meyerholz zeigte sich verwundert, dass der Haushalt laut Satzung ausgeglichen sei, Frau Saathoff aber von einem Überschuss spreche. **Kreisoberamtsrätin Saathoff** erklärte, dass der erwirtschaftete Überschuss auf der Aufwandsseite gebucht werde, da ein Haushalt ausgeglichen sein müsse. Dies sei eine rechtliche Vorgabe.

Landrat Weber beantwortete zunächst die Fragen der Freien Wähler. Zur ersten Frage bzgl. des Stands der Zusammenarbeit zwischen den beiden Volkshochschulen Aurich und Norden erklärte er, dass die Zusammenarbeit sehr gut laufe. Beim Thema Flüchtlinge könne er nur ein Loblied auf die Kreisvolkshochschulen singen. Wenn man sie nicht hätte, müsste man sie erfinden, da sie eine große Unterstützung seien. Dies sei auch in der Politik so anerkannt. Die angestrebte Sanierung sei auch ohne die Flüchtlingssituation dringend notwendig.

Zur zweiten Frage, wie der Stand der Ausschreibung bzw. die Bewerberauswahl über einen gemeinsamen Geschäftsführer beider Kreisvolkshochschulen sei, erklärte **Landrat Weber**, dass es noch keine Ausschreibung gegeben habe. Bzgl. der dritten Frage zur Zusammenarbeit der beiden KVHS auf dem neu zu erschließenden Feld des Gesundheitswesens verwies **Landrat Weber** auf die Betriebsausschüsse. Zum geforderten Bericht über das Ergebnis des von der KGSt zu erarbeitenden Gutachtens über die Arbeitsgebiete bzw. die Geschäftsfelder des gemeinsamen Geschäftsführers erklärte **Landrat Weber**, dass diese Angelegenheit nach dem plötzlichen Tod von Uwe Mittwollen nicht weiter verfolgt worden sei und es derzeit keine neuen Kontakte zur KGSt gebe.

Während der Haushaltsberatungen habe es im letzten Jahr viele Diskussionen um die Kreisvolkshochschulen gegeben. Diese seien in diesem Jahr, zumindest öffentlich, ausgeblieben. **Landrat Weber** schlug ergänzend zum Beschlussvorschlag folgende Auflage bzgl. der Kreisvolkshochschulen vor:

1. Die Eigenbetriebe der Kreisvolkshochschulen Aurich und Norden werden im Laufe des Jahres 2016 in einem Eigenbetrieb KVHSen des Landkreises Aurich zusammengeführt.
2. Die rechtliche Selbstständigkeit der beiden GmbH's bleibt dabei unberührt.
3. Für den neuen Eigenbetrieb wird ein Leiter eingestellt. Die jeweiligen Geschäftsführer der beiden GmbH's werden zu dessen Stellvertretern berufen.



Dies habe den Grund, dass es bei den Kreisvolkshochschulen sehr unterschiedliche Strukturen gebe. Eine Zusammenführung sei daher die beste Lösung für eine weitere schnelle und gute Arbeit, so **Landrat Weber**.

Weiterhin schlug er vor, dem Stellenplan einen Sperrvermerk hinzuzufügen. Dieser solle beinhalten, dass die vier Stellen im Amt für Bauordnung, Planung und Naturschutz erst dann ausgeschrieben werden, wenn der Kreisausschuss zugestimmt habe.

Abg. Beekhuis dankte zunächst Frau Saathoff für den von ihr gegebenen Überblick über den Haushalt 2016 und für die ständige Bereitschaft, den Fraktionen im Zuge der Haushaltsberatungen Rede und Antwort zu stehen. Die SPD-Fraktion habe sich intensiv mit dem Haushaltsentwurf auseinandergesetzt und sei zu dem Ergebnis gekommen, ihm zuzustimmen. Bei dem Haushalt 2016 habe man es mit einem Zahlenwerk der Superlative zu tun. Dies sei bereits erkennbar, wenn man ihn mit den Haushaltsentwürfen der letzten Jahre vergleiche.

Abg. Beekhuis stellte dar, dass das ordentliche Ergebnis bei knapp 600.000 € liege. Dies klinge zwar im ersten Augenblick gut, bei einem Schuldenstand in Höhe von insgesamt 157 Mio. € relativiere sich das positive Ergebnis allerdings. Es sei notwendig, den Schuldenberg abzubauen, da allein für Verbindlichkeiten Zinsen in Höhe von 4,2 Mio. € veranschlagt seien. Aus der Kreisumlage würden 110 Mio. € Einnahmen zu Buche schlagen. Die Möglichkeiten, die Einnahmesituation zu verbessern, seien jedoch gering. Knapp 62 % der Einnahmen seien Zuwendungen und allgemeine Umlagen, weitere 27,4 % würden auf Kostenerstattungen und Kostenumlagen fallen. Man sei also von Transferleistungen abhängig.

Der diesjährige Haushalt stehe im Zeichen der Flüchtlingssituation. Der Anstieg des Etats um 50 Mio. € schlage sich fast ausnahmslos in diesem Bereich nieder. Aus persönlichen Gesprächen habe er erfahren, dass die Einwohnerinnen und Einwohner nicht das geplante Zentralkrankenhaus, das Regionale Raumordnungsprogramm oder der Schulentwicklungsplan, sondern das Thema Flüchtlinge besonders beschäftige, erklärte **Abg. Beekhuis**. Die Ängste und Sorgen der Bürger gelte es ernst zu nehmen. Daher sei es unter anderem wichtig, sich um den sozialen Wohnungsbau zu kümmern. Dabei gehe es nicht nur darum, Flüchtlingen zu helfen, sondern auch darum, der Wohnraumknappheit insgesamt entgegenzutreten. In diesem Zusammenhang dankte **Abg. Beekhuis** der Verwaltung für die tolle Flüchtlingsarbeit und bat Herrn Weber und Herrn Dr. Puchert darum, den Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiterzugeben. Zusammen mit vielen Ehrenamtlichen habe die Kreisverwaltung alles daran gesetzt, die Situation in vorbildlicher Art und Weise zu meistern.

Insbesondere die Kreisvolkshochschulen hätten unter Beweis gestellt, wie wichtig sie für das gesellschaftliche Miteinander seien. Eine erfolgreiche Flüchtlingspolitik ende nicht mit der reinen Unterbringung. Die Hauptaufgabe sei die Integration und hierfür seien die KVHSen gut aufgestellt, lobte **Abg. Beekhuis**. Zudem würden die knapp 300 Beschäftigten einen Umsatz von fast 30 Mio. € erwirtschaften. Daher hätten sie es auch verdient, unterstützt zu werden und die SPD-Fraktion habe aus diesem Grund beantragt, einen Zuschuss in Höhe von maximal 250.000 € pro Einrichtung zu gewähren. Dieser finanzielle Zuschuss sei mehr als gerechtfertigt. Im bundesweiten Vergleich betrage der Zuschuss der kommunalen Träger durchschnittlich 27 %, beim Landkreis Aurich jedoch nur 2 %. Damit die Kreisvolkshochschulen weiterhin schlagkräftig bleiben würden, sei die Ausarbeitung von neuen Strukturen sehr wichtig. Dabei müssten die Beschäftigten jederzeit mitgenommen werden.



Abg. Beekhuis erklärte weiterhin, dass er nicht verstehen könne, warum die Grünen behaupten würden, der Landkreis sei ziel- und planlos unterwegs. Gerade im Bereich von Bildungsangebot und Schullandschaft stehe man quantitativ und qualitativ sehr gut da. So würden im Teilergebnishaushalt Schulen 19,1 Mio. € ordentliche Aufwendungen stehen. Dies sei nicht ziel- und planlos, sondern Politik der Verlässlichkeit, denn Bildung sei ein zentrales Thema in Bezug auf sinnvolle Zukunftsinvestitionen. Jeder in Bildung investierte Euro sei gut angelegt. Das gleiche Bild ergebe sich beim Thema frühkindliche Bildung. Im Bereich Kitas sei eine Summe von 5,72 Mio. € eingeplant, erläuterte **Abg. Beekhuis**.

Auch beim Thema Infrastruktur plane der Landkreis für dieses Jahr 3,6 Mio. € für Radwege und Haltestellen und weitere 1,4 Mio. € für Unterhaltungsmaßnahmen. Alle diese Beispiele würden deutlich machen, dass der Landkreis weder ziel- noch planlos agiere. Die Aussage passe aber zum Bild der Grünen, die in letzter Zeit öfter versucht hätten, den Landkreis schlecht zu reden. Unter anderem sei es darum gegangen, dass der Landkreis Aurich nach dem Nasenprinzip befördere oder die Flüchtlingssituation ausnutzen würde, um den Stellenplan aufzublähen. So würde auf schlimme Art und Weise Stimmungsmache gegen die Kreisverwaltung betrieben, kritisierte **Abg. Beekhuis**. Insbesondere im Blick auf die zusätzlichen Stellen in der Flüchtlingspolitik sei das Geld doch sehr gut investiert.

Insgesamt gebe es viele gute Gründe, dem vorliegenden Haushalt zuzustimmen. Es müsse jedoch auch erwähnt werden, dass die Kommunen in Deutschland mehr Unterstützung bräuchten. Hier müsste jede Ebene die Mittel bekommen, die sie zur Bewältigung ihrer Aufgaben brauche. Dies gelte insbesondere, wenn andere Stellen die Kommunen zur Erledigung von Aufgaben heranziehen würden.

Abschließend bedankte **Abg. Beekhuis** sich bei allen Mitgliedern des Kreistages für die Zusammenarbeit in den letzten Jahren.

Abg. Behrens lobte die Kreisvolkshochschulen für ihre hervorragende Arbeit insbesondere in der Flüchtlingsfrage. Aus diesem Grund sei es wichtig, sie auf wirtschaftlich gesunde und zukunftsfähige Beine zu stellen. Die Umstrukturierung sei daher eines der wichtigsten politischen Ziele der CDU in der laufenden Wahlperiode. Dieses Ziel habe man aber nur durch eine gemeinsame unternehmerische Strategie und Zielsetzung erreichen können, nämlich die einheitliche Geschäftsführung und die Zusammenlegung der Eigenbetriebe. Der Antrag der SPD, der Grünen, der Freien Wähler und der GFA/FDP anlässlich der Haushaltsberatungen 2015 sei in diesem Zusammenhang nicht zielführend gewesen, so **Abg. Behrens**. Hier sei zwar ein neuer Geschäftsführer gefordert worden. Es sei aber nie gesagt worden, ab wann, für wen oder was dieser gesucht werde.

Nun würden jedoch alle Forderungen, die die CDU jahrelang eingefordert und über die viel diskutiert wurde, umgesetzt. Man müsse in der Politik jedoch auch Kompromisse eingehen. Aus diesem Grund könne man sich mit den jährlichen Zuschussansätzen in Höhe von 250.000 € für die Kreisvolkshochschulen einverstanden erklären, da sie nur als Defizitausgleich dienen würden. Es sei jedoch erforderlich, dass die Umsetzung der 3. Alternative zur zukünftigen Organisation der Volkshochschulen bis spätestens 01.01.2017 stehe. Der Beschluss des Kreistages Anfang des letzten Jahres bezüglich der Kreisvolkshochschulen habe sich damit erledigt.

Abg. H. Gerdes erklärte, der diesjährige Haushalt werde in vielen Bereichen von der Flüchtlingsproblematik überlagert. Es gebe jedoch auch noch andere wichtige The-



men, wie u.a. die Zentralklinik. Wenn dieses Projekt mit der gewünschten Dynamik vorangetrieben werden solle, müsse man nicht nur in diesem sondern auch in den kommenden Haushalten hohe Summen für Vorarbeiten zur Verfügung stellen, die zum Teil als laufende Ausgaben die Ergebnishaushalte belasten werden, sei es direkt oder indirekt als Verlustausgleiche für die Trägergesellschaft. Auch wenn einige im Haus sich einen anderen Weg wünschen würden, so würden sich für ihn die von den Gegnern der Zentralklinik aufgezeigten Lösungen weder in medizinischer noch in betriebswirtschaftlicher Sicht rechnen, so **Abg. H. Gerdes**. Aufgrund fehlender realistischer Alternativen sei er auch bereit, den finanziell schmerzhaften Weg bis zur Realisierung der Zentralklinik mitzugehen. Zudem sei er nicht so optimistisch, dass die jährlichen Verluste auf unter 10 Mio. € pro Jahr sinken könnten. Insgesamt gebe es auch noch weitere Investitionen, die gewuppt werden müssten, ohne dass darüber geredet werde.

Abg. H. Gerdes erläuterte weiter, dass die Personalkosten für die Bewältigung der Flüchtlingsaufgaben den Gesamtüberblick über den Haushalt vernebeln würden. Wenn man sich umhöre, würden offensichtlich fast alle nur noch für Flüchtlinge arbeiten. Sollte sich die Zahl der Flüchtlinge wieder reduzieren, müssten logischerweise auch Personalreserven sichtbar werden. Für die Kreistagsabgeordneten sei es eine schwierige Aufgabe, zu beurteilen, wie viele Mitarbeiter tatsächlich für diese Aufgabe benötigt würden. In diesem Punkt müsse man erhebliches Vertrauen in die Verwaltung investieren.

Als Zeichen, dass man beim Thema Personal für Flüchtlinge nicht alles durchgehen lassen wolle, habe man zum Stellenplan einige Anregungen gegeben, bei denen man von 200.000 € pro Jahr sprechen würde. Wenn der Sperrvermerk bzgl. der vier Stellen im Baubereich von der Mehrheit getragen werde, werde man auch den Stellenplan mittragen.

Abg. H. Gerdes erklärte, es sei schon etwas makaber, dass relativ viele auch an Flüchtlingen verdienen würden. Dazu würden neben privaten Anbietern von Wohnungen auch die Kreisvolkshochschulen gehören, die mit ihrer Arbeit für Flüchtlinge zusätzliche Arbeitsplätze schaffen und ihre Bilanz aufbessern würden. Hierdurch würden dann wahrscheinlich die Zuschüsse vom Landkreis nicht mehr gebraucht werden; ebenso beim Europahaus. Es sei zwar etwas makaber, aber immer noch besser, als wenn die Hilfe an fehlenden Geldern scheitern würde. Insgesamt müsse man hoffen, dass die gute Arbeit der Verwaltung mit den Volkshochschulen und den Städten und Gemeinden ähnliche Angriffe gegen die Ärmsten der Armen verhindern könne.

Bezüglich des Haushalts erklärte **Abg. H. Gerdes**, dass es zwar einen Überschuss im Ergebnishaushalt gebe, dieser aber mit einer Höhe von weniger als einer Million Euro nicht ausreiche, um von dem hohen bestehenden Defizit auch nur ein klein wenig abbauen zu können. Die Vorschläge der Grünen für den Vorbericht würden daher etwas weltfremd anmuten. Den Vorbericht nehme sowieso kaum jemand zur Kenntnis, da er lediglich erläuternde Relevanz habe. Zudem könne der wesentliche Auftrag nur sein, sobald wie möglich das aufgelaufene Defizit abzubauen.

Ein weiterer Aspekt mache ihm jedoch noch größere Sorgen, so **Abg. H. Gerdes**. Frau Saathoff habe auf der Grundlage der vom Land gelieferten Zahlen die Einnahmen für die nächsten Jahre geplant und sei zu nicht ganz so schlechten Ergebnissen gekommen. Hier liege ein erhebliches Risiko, da man nicht nur die Belastungen aus der Flüchtlingsproblematik, sondern auch die Folgen des VW-Skandals verkraften müsse.

Die CDU-Fraktion habe sich in mehreren Sitzungen intensiv mit dem Haushalt beschäftigt und nach Möglichkeiten gesucht, wie das Ergebnis 2016 nachhaltig verbessert werden könnte. Man sei leider nicht fündig geworden und könne auch keine Vorschläge für Verbesserungen vorschlagen. Als Konsequenz werde man dem Haushalt 2016 die Zustimmung nicht verweigern, schlussfolgerte **Abg. H. Gerdes**.

Abg. Griesel schilderte, dass die Haushaltsberatungen entspannter abgelaufen seien, als absehbar wurde, dass ein Haushaltsausgleich erreicht werden könne. Nichts habe diese Entspanntheit stören können, denn etwas besseres, als einen wenigstens auf dem Papier ausgeglichenen Haushalt könne es im Wahljahr nicht geben. Um eine Entscheidung zu treffen, habe ihre Gruppe die Finanzsituation gründlich analysiert, erklärte **Abg. Griesel**. Eine Beurteilung sei aufgrund der Finanzströme im Zusammenhang mit der Flüchtlingssituation noch nie so schwierig gewesen. Letztlich sei nur die Aussage des Landrates geblieben, die Einnahmen wären mehr als auskömmlich. Ihre Gruppe glaube allerdings nicht, dass diese Aussage Bestand habe, da das Land erkannt habe, dass ländliche Räume nicht mit Maßstäben eines Ballungszentrums gemessen werden können und dies negative Auswirkungen haben werde.

Abg. Griesel erklärte, die Kommunalaufsicht habe sich in den letzten Haushaltsgenehmigungen immer kritisch mit der Verschuldung des Landkreises auseinandergesetzt. Gleichzeitig habe sie eine weitere Verschuldung immer zugelassen. Allein in dieser Wahlperiode habe sich der Landkreis mit rund 65 Mio. € im Kernhaushalt verschuldet. Hierbei seien weder Liquiditätskredite von 60-80 Mio. € und Bürgschaftsverpflichtungen von rund 20 Mio. € noch die Verschuldung der ausgegliederten Einrichtungen berücksichtigt. Der Schuldenstand des Kernhaushalts steige bis Ende des Jahres auf 167 Mio. €. Mit dem ab 2012 vorzulegenden konsolidierten Gesamtabschluss steige er noch einmal um mindestens 100 Mio. € an. Damit führe der Landkreis Aurich die Schuldenstatistik der Landkreise an, so **Abg. Griesel**. Man könne den Eindruck haben, man strebe eine Kreisreform an, die einen Schuldenerlass durch das Land zur Folge hätte.

Auch in den Folgejahren schlage eine weitere Netto-Neuverschuldung von 22 Mio. € zu Buche. Aus Juso-Zeiten kenne sie den Einwand der SPD, dem stehe eine ganze Menge Vermögen gegenüber, erklärte **Abg. Griesel**. Dann stelle sich aber die Frage, wer schon Radwege, Straßen und Schulen kaufe. Ihre Gruppe würde sicherlich auch für manche Investitionen Kredite aufnehmen, hätte aber gleichzeitig auch die Gesamtsituation im Blick. Es bringe nichts, wenn das Personal über Dispo-Kredite finanziert werden müsse.

Die Einrichtung der Haushaltskonsolidierungsgruppe sei der richtige Weg gewesen. Diese habe leider nur als Alibi gedient und keine Ergebnisse erzielt. Die freiwilligen Ausgaben seien sogar noch weiter erhöht worden. Es müssten nun Taten folgen und allein daran würden die Abgeordneten von SPD und CDU gemessen. Eine Verringerung der Liquiditätskredite in langfristige Kredite sei dabei als Argument für eine Verbesserung der Finanzsituation untauglich, argumentierte **Abg. Griesel** gegenüber Landrat Weber.

So einfach mache es sich das Land aber leider auch. Noch im Jahr 2015 habe das Innenministerium gefordert, der Landkreis solle das Kassenwirksamkeitsprinzip genauer beachten. Weniger Monate später setze das Land in der Flüchtlingsfrage eben dieses Kassenwirksamkeitsprinzip selber aus; die Presse nenne dies „finanzpolitische Phantasie“. An dieser Stelle habe sie sogar Verständnis für den Landrat, der die Ge-



nossen im Innenministerium in dieser Sache nicht mehr für voll nehmen, so **Abg. Griesel**. Bisher hätten sie sich tatsächlich als Papiertiger geoutet.

Würde man die Warnungen der Kommunalaufsicht ernst nehmen, würde man auch vor dem Hintergrund der stetig steigenden Personalkosten nicht jedes Jahr die freiwilligen Ausgaben weiter aufstocken. Allein durch Tarifierhöhungen müsse man mit jährlichen Steigerungsraten von 1 Mio. € rechnen. Man müsse nun erhebliche Anstrengungen unternehmen, um diese Kostensteigerungen aufzufangen. Es sei daher ein Fehler, zu glauben, die Lage des Landkreises hätte sich entspannt, erklärte **Abg. Griesel**.

Hinzukommen würden noch andere Warnsignale, wie der Arbeitsplatzabbau bei hier ansässigen Großbetrieben, das schwieriger werdende Geschäftsfeld bei den Sparkassen und Banken in Zusammenhang mit der Niedrigzinspolitik der EZB, das Anwachsen der Altersarmut und die demografische Entwicklung. **Abg. Griesel** äußerte, dass man aufgrund dieser Erkenntnisse bereit gewesen sei, den Haushalt mitzutragen, wenn in der Finanzpolitik ein Umdenkungsprozess stattgefunden hätte. Es habe sich jedoch gezeigt, dass mehrheitlich kein Handlungsbedarf gesehen werde. Bei der Fraktion der Grünen und der GFA/FDP-Gruppe sei dies anders. Hier seien etliche Vorschläge gemacht worden, die allesamt abgelehnt worden seien. Der Haushaltsplan sei nichts als eine vorübergehende Beruhigungspille. Diese Pille würde man aber nicht schlucken, da dies mit erheblichen negativen Nebenwirkungen für alle Kreiseinrichtungen verbunden sei. Zudem habe man wieder ein Jahr zur Konsolidierung verloren und den Eindruck gewonnen, der Landrat und die ihn stützende Mehrheit habe vor der Aufgabe der Haushaltskonsolidierung kapituliert.

Man brauche nun dringend strukturelle Änderungen in der Verwaltungsorganisation. Vor allem brauche man einen Landrat, der sich an die Spitze der Bewegung stelle. Ihre Gruppe werde daher dem Haushalt nicht zustimmen, da ein nachhaltiges Sanierungskonzept fehle und die finanzielle Leistungsfähigkeit des Landkreises auf dem Spiel stehe, teilte **Abg. Griesel** mit.

Abschließend erklärte **Abg. Griesel** bezüglich der Kreisvolkshochschulen, dass man den Vorschlag des Landrates in wesentlichen Teilen mittragen könne. Was aber immer noch fehle sei die Tatsache, dass auch der unhaltbare Zustand der nicht tarifgerechten Entlohnung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der KVHS Norden ein Ende finden müsse.

Abg. Jeromin-Oldewurtel richtete zunächst ihren Dank an die Verwaltungsmitarbeiter und an Frau Krabbe. Anschließend erklärte sie, dass das, was im Rahmen der Haushaltsplanung getan worden sei, ohne Ziel sei. Die Grünen dagegen hätten ein Ziel, nämlich z.B. einen Schulabschluss für jedes Kind und eine gute Betreuung in den jeweiligen Schulen. Es sei wichtig, Ziele vorzugeben: Was soll für den Bürger erreicht werden? Waren die Investitionen richtig? Sie stellte fest, dass der Landkreis hier nicht evaluiere.

Abg. Jeromin-Oldewurtel bemängelte, dass dem Haushalt nicht der nach § 6 GemHKVO erforderliche Vorbericht angehängt sei. In diesem müssten Schwerpunkte gesetzt werden, die u.a. dem Antrag der Grünen zu entnehmen seien. Sie habe die Hoffnung, dass durch den Antrag geschaut werde, welche Ziele man verfolgen wolle. Gem. § 21 GemHKVO sollten Ziele zur Grundlage der Steuerung des jährlichen Haushalts gemacht werden. Ihre Forderungen seien daher nicht ausgedacht.



Gegenüber Abg. Gerdes entgegnete **Abg. Jeromin-Oldewurtel**, dass man nicht an Flüchtlingen verdienen würde. Makaber sei, dass es in der Region genügend Notunterkünfte geben würde, die nicht ausgelastet seien und an den Grenzen die Flüchtlinge sterben würden.

Zurück zum Haushalt erklärte **Abg. Jeromin-Oldewurtel**, sie habe Schwierigkeiten mit dem Pragmatismus der CDU. Früher habe sie gedacht, man könne die Kreisumlage senken. Darüber geredet worden, dass man dies als Ziel in den Haushalt einbauen könnte, wurde aber nie. Die Gemeinden würden durch eine Senkung entlastet werden. Der Landkreis nehme allerdings die Verantwortung für großes Geld nicht wahr. Man wisse gar nicht genau was man bekomme, dabei müsse auch dringend für schlechte Zeiten vorgesorgt werden. Hierzu sei es auch wichtig, den Finanzplanungszeitraum strukturiert zu gestalten.

Für das Jahr 2017 müsse man sich Gedanken machen, wo der Landkreis hinwolle. **Abg. Jeromin-Oldewurtel** bat daher abschließend noch einmal um Unterstützung des Antrags der Grünen.

Stv. Landrat Strömer erklärte, zum vorliegenden Haushalt sei kaum eine Frage offen geblieben, es sei denn, sie sei nicht gestellt worden. Er bedankte sich im Namen seiner Gruppe vor allem bei Frau Saathoff und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kämmerei. Der vorliegende Haushalt erziele einen kleinen Überschuss. Ob das Rechnungsergebnis auch die Plandaten erreicht, erfahre man erst am Ende des Haushaltsjahres. Daher müsse er erwähnen, dass über 38 Mio. € an aus Vorjahren stammenden Defizits abzutragen seien. Zudem müssten mit diesem Haushalt über 138 Mio. € langfristige Schulden abgewirtschaftet werden. Man müsse sich bewusst sein, dass diese 176 Mio. € aus Einnahmen bedient werden müssten.

Glücklicherweise befinde man sich noch in einer Niedrigzinsphase, so **stv. Landrat Strömer**. Dieser Umstand verleihe finanzielle Luft und ermögliche es, Investitionen und Unterhaltungsmaßnahmen durchzuführen. Die laufenden Ausgaben für die Daseinsvorsorge und die Ausgaben für den Jugendhilfebereich mit den dafür vorgesehenen Personalaufwendungen würden den Haushalt maßgeblich prägen. Hinzukommen würden noch die Ausgaben für Flüchtlinge und Asylbewerber, die zwar erstattet würden, den Kreishaushalt aber trotzdem mit einer nicht unbeträchtlichen Summe belasten werden. **Stv. Landrat Strömer** erklärte, in den letzten Jahren hätte man die Ausgaben immer durch Einnahmen decken können und es hätten sogar Überschüsse erwirtschaftet werden können, mit denen die aufgelaufenen Defizite hätten abgebaut werden können. Leider hätten jedoch die Defizite der UEK mit bisher fast 40 Mio. € einen Strich durch die Rechnung gemacht. Den jetzigen Überschuss habe man der noch guten Konjunktur in der Wirtschaft und dem hohen Gewerbesteueraufkommen der Stadt Aurich zu verdanken. Es sei aber ungewiss, wie lange die Konjunktur noch so stabil bleiben werde.

Vor diesem Hintergrund habe seine Fraktion die Eigenbemühungen der Politik und der Verwaltung mit vielen Anträgen angemahnt. So hätten sie bereits 2004 auf die Zusammenarbeit der Krankenhäuser Aurich und Norden verwiesen, woraufhin eine Fusion erfolgt sei, erinnerte **stv. Landrat Strömer**. Die damit verbundenen Chancen für eine finanzielle Gesundung mit zukunftsfähiger Ausrichtung seien jedoch nicht ausreichend und teilweise gar nicht genutzt worden. Nur mit vereinten Kräften könne man die Summe an Defiziten reduzieren, um für künftige finanzielle Herausforderungen gewappnet zu sein.



2004 habe man auch beantragt, die Arbeit der KVHS Aurich und Norden im Rahmen einer Fusion zu verbessern. Erst durch die Feststellung der Defizite im Jahr 2014 sei der Vorschlag nach heftiger Diskussion Ende 2014 aufgegriffen worden mit der Folge, dass eine bessere Bewirtschaftung der KVHS Norden erfolgte und keine tatsächliche Defizitabdeckung durch den Kreishaushalt erfolgen musste. **Stv. Landrat Strömer** erklärte, mit der nun vorgeschlagenen Organisationsform verspreche sich seine Fraktion eine nachhaltige wirtschaftliche Stärkung der beiden Kreisvolkshochschulen.

Auf ihre Initiative hin seien auch die beiden Heime in Hage und Norden in eine gGmbH umgewandelt worden. Hierdurch seien nicht unerhebliche hohe Synergieeffekte gehoben worden. Große Sorge bereite nach wie vor der nun vorliegende Haushalt, so **stv. Landrat Strömer**. Die Verschuldung steige weiter. Damit man handlungsfähig bleibe, bleibe nur der Weg, den Haushalt gründlich zu durchforsten und auch vor den Personalaufwendungen nicht Halt zu machen. Dieser Posten sei neben den Aufwendungen im Jugendhilfebereich und Sozialhilfebereich die größte Ausgabeposition.

Man habe immer wieder den Vorschlag gemacht, eine interfraktionelle Arbeitsgruppe „Haushalt“ zu beschließen, erinnerte **stv. Landrat Strömer**. Dieser sei, bis auf das letzte Jahr, leider nie umgesetzt worden. Letztes Jahr habe man die Zustimmung zum Haushalt davon abhängig gemacht, dass diese Arbeitsgruppe gegründet werde. Leider habe die Gruppe bekanntlich nur ein paar Mal ohne nennenswerte Ergebnisse getagt. Er mahne die sofortige Arbeitsaufnahme der Arbeitsgruppe an, ansonsten solle sie sich offiziell auflösen, so **stv. Landrat Strömer**. Sollte die Arbeit nicht unverzüglich aufgenommen werden, werde seine Fraktion offiziell aus der Gruppe austreten.

Dem Haushalt 2016 werde man zustimmen, da er im Wesentlichen nicht von dem Zahlenwerk 2015 abweiche. Den Stellenplan werde man jedoch ablehnen, da nachhaltige personalwirtschaftliche Maßnahmen immer noch nicht auf den Weg gebracht worden seien.

Abg. Seelgen erklärte, dieses Jahr sei der Haushalt gerade so ohne Defizit gelungen. Die Haushaltsgruppe habe getagt und dabei wenig Einsparpotenzial festgestellt. Es gebe damit auch wenig Spielraum für freiwillige Leistungen. So könne es jedoch nicht weitergehen. Immer wieder höre man, man könne nur am Personal sparen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter seien aber nicht nur Kostenverursacher, sondern in erster Linie arbeitende Menschen. Irgendwann könne man einfach nicht noch mehr sparen.

Bzgl. der Kosten für Asylsuchende sei es heikel, wenn man sage, die Kreisvolkshochschulen würden daran verdienen, so **Abg. Seelgen**. Dies komme nach außen nicht gut an. Es lasse sich aber auch nicht abstreiten, dass es sich hier um einen Wirtschaftsfaktor handle, da so fast 50 Arbeitnehmer mehr eingestellt worden seien. Zudem würden die, die hier Geld erhalten würden, dieses hier auch wieder ausgeben. Auch die Vermieter der Wohnungen für Asylsuchenden würden mehr verdienen.

Zum Antrag der Grünen erklärte **Abg. Seelgen**, dass sie erst fordern würden, die Nettoneuverschuldung zu reduzieren, gleichzeitig solle aber auch viel weniger Geld ausgegeben und dafür mehr geleistet werden. Dies könne so nicht funktionieren. Es gebe einfach keinen Spielraum mehr beim Sparen.

Abg. Agena erklärte, es gebe zwar keine Chance die Einnahmesituation zu ändern, dies sehe aber bei der Ausgabensituation anders aus. Für freiwillige Leistungen gebe



der Landkreis 15 bis 16 Mio. € aus, davon würden zehn Mio. € alleine für die Abdeckung des Defizits der UEK anfallen. Dies sei auch Konsens, die restlichen fünf bis sechs Mio. € seien jedoch diskutabel. Dazu gehöre unter anderem die Beteiligung an der Technologietransfer-Agentur, die im Wirtschaftsausschuss abgelehnt, später im Kreisausschuss aber beschlossen wurde. Weiterhin wurde dem Antrag des Vereins EIBO im Kreisausschuss ebenso zugestimmt wie dem Zuschuss für die Gnadenkirche Norden und dem Zuschuss für das Europahaus. Dieser habe sich jedoch erledigt, da das Europahaus acht unbegleitete minderjährige Flüchtlinge aufgenommen habe.

Die jeweiligen Antragsteller müssten aufgefordert werden, sich auch um andere Finanzierungsquellen zu bemühen, appellierte **Abg. Agena**. Hierfür sollten von der Verwaltung Verfahrensregeln aufgestellt werden. Weiterhin müsste man Budgetierungen für freiwillige Leistungen anstreben und die freiwilligen Leistungen zukünftig auf ihre Sinnhaftigkeit kritisch überprüfen.

Abg. Wolters erklärte, er sei enttäuscht über den Verlauf der Arbeit der Konsolidierungsgruppe. In Bezug auf den Haushalt müsse man vehement kämpfen und insbesondere die Personalkosten auf den Prüfstand stellen. Weiterhin würden auch die zehn Mio. € Verlustabdeckung für die UEK weh tun. Das Bredehorst-Gutachten sei politisch nicht realisierbar. Hier müsse man nun neu ansetzen. Im Zeitraum des Baus der Zentralklinik müsse ohne Rücksicht auf Aurich und Norden an die zehn Mio. € herangegangen werden.

Die eingeplanten fünf Mio. € für den Wohnungsbau seien zwar absolut sinnvoll. Falls der Landkreis sich um den Wohnungsbau kümmern würde, würde dies allerdings auch wieder Personalkosten mit sich bringen. **Abg. Wolters** schlug vor, die fünf Mio. € als Wohnungsbauprämie in die Privatwirtschaft zu bringen und damit sowohl Verwaltungskosten als auch laufende Unterhaltungskosten zu sparen.

Abg. Roß erklärte gegenüber der Abg. Seelgen, dass es in Bezug auf Flüchtlinge ein schlechter Gedanke sei, dass die Flüchtlinge Geld in die Wirtschaft bringen würden. Dieses Geld müsse vorher von allen erwirtschaftet werden. Zudem sei es vom Abg. Beekhuis nicht in Ordnung, Herrn Weber und Herrn Dr. Puchert zu loben, Frau Krabbe jedoch nicht.

TOP 8.6.1 **Antrag der GFA/FDP-Gruppe im Kreistag Aurich vom 25.11.2015;
Gewährung eines Darlehens an die Trägergesellschaft für die geplante Zentralklinik bzw. Einlagenerhöhung
Vorlage: VIII-AF/2015/039**

Abg. Griesel erklärte, als der Antrag gestellt worden sei, sei die Situation anders gewesen als derzeit. Ihre Gruppe habe nur gewollt, dass rechtskonform gehandelt werde. Da ihrem Vorschlag gefolgt worden sei, ziehe sie den Antrag zurück.

TOP 8.7 **Stellenplan 2016, Teil A und B**
Vorlage: VIII/2015/205

Der Stellenplan 2016, Teil A und B, wird mit folgendem Sperrvermerk genehmigt:

Der Kreisausschuss entscheidet vor Ausschreibung der vier ausgewiesenen Stellen im Amt für Bauordnung, Planung und Naturschutz für die Planung des Sozialen Wohnungsbaues und von Flüchtlingsunterkünften über die Erforderlichkeit der Stellenbesetzung.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 36 Nein-Stimmen: 14 Enthaltungen: 0

➔ **mehrheitlich beschlossen**

TOP 8.8 **Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2016**
Vorlage: VIII/2016/042

Bezüglich des Antrags der Grünen stellte die **Abg. Griesel** die Frage an die Verwaltung, ob überhaupt Vorgaben durch die Grünen für den Vorbericht möglich seien, da § 3 GemHKVO bereits genaue Vorgaben für den Inhalt des Vorberichts gebe.

Landrat Weber erklärte, hierzu könne auf die Schnelle keine Aussage gemacht werden.

Abg. Forster bat darum, die Sitzung zu unterbrechen. Hierüber bestand Einvernehmen.

Vorsitzender Thiele unterbrach die Sitzung um 18:47 Uhr und eröffnete sie wieder um 19:02 Uhr.

Landrat Weber antwortete auf die Frage der Abg. Griesel, dass der Inhalt aus dem Antrag der Grünen nicht in den Vorbericht aufgenommen werden könne.

Abg. Jeromin-Oldewurtel erklärte, dass der Antrag ihrer Fraktion nach wie vor sehr wichtig sei. Sie schlage allerdings vor, ihn zurück in den Finanzausschuss zu überweisen. Hier sollte auch über § 21 Abs. 2 GemHKVO diskutiert werden. Hierüber bestand Einvernehmen.

Sodann fasste der Kreistag folgenden Beschluss:

Die Haushaltssatzung des Landkreises Aurich für das Haushaltsjahr 2016 einschließlich des Investitionsprogramms für die Haushaltsjahre 2016 bis 2019 wird in der vorgelegten Form beschlossen. Die wesentlichen Produkte werden in der vorgelegten Form festgelegt. Die Finanzplanungsdaten für den Zeitraum bis 2019 werden zur Kenntnis genommen. Dem Stellenplan des Landkreises Aurich für das Haushaltsjahr 2016 wird zugestimmt.

Zusätzlich beschließt der Kreistag zu den Kreisvolkshochschulen Folgendes:



1. Die Eigenbetriebe der Kreisvolkshochschulen Aurich und Norden werden im Laufe des Jahres 2016 in einem Eigenbetrieb KVHSen des Landkreises Aurich zusammengeführt.

2. Die rechtliche Selbständigkeit der beiden GmbH's bleibt dabei unberührt.

3. Für den neuen Eigenbetrieb wird ein Leiter eingestellt. Die jeweiligen Geschäftsführer der beiden GmbH's werden zu dessen Stellvertretern berufen.

Darüber hinaus wird den beiden Kreisvolkshochschulen bei Bedarf eine Defizitabdeckung in Höhe von jeweils bis zu 250.000 € gewährt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 40 Nein-Stimmen: 8 Enthaltungen: 1

➔ **mehrheitlich beschlossen**

TOP 9

Delegationsbeschluss zur Übernahme der ehemaligen "Blücherkaserne" in Aurich zur Notunterkunft von Flüchtlingen durch den Landkreis Aurich im Rahmen einer Verwaltungsvereinbarung
Vorlage: VIII/2016/065

Abg. Altmann erklärte, sie sei mit der Delegation in den Kreisausschuss nicht einverstanden. Es gehe hierbei nicht um die Sachentscheidung an sich, da sie immer die Kaserne als Unterbringungsort favorisiert habe und die Flüchtlingsarbeit insgesamt gut funktioniere. Das Problem sei jedoch, dass die Transparenz verloren gehe. Das positive Klima, das derzeit herrsche, habe eben auch mit Transparenz zu tun. Es würden viel zu oft Themen outgesourct, die eigentlich öffentlich seien. Zudem würden nichtöffentliche Ausschüsse oft abgesagt. Dieses Thema sei haushaltsrelevant und daher auch transparent zu diskutieren.

Abg. Seelgen beanstandete, dass jeder Verweis in nichtöffentliche Ausschüsse eine Entdemokratisierung bedeute. Nicht alle Mitglieder hätten in den Ausschüssen Mitspracherecht, daher sei die Transparenz in diesem Thema sehr wichtig.

Abg. Griesel erklärte ebenfalls, dass dieses Thema in den Kreistag gehöre. Dem Kreistag würde zudem eine außerordentliche Sitzung gut tun, da die Sitzungen regelmäßig sehr lange dauern würden. Die Transparenz im Kreistag sei sehr wichtig, da man auf die öffentliche Zustimmung angewiesen sei. Grundsätzlich sei sie dem Thema positiv gegenüber gestimmt, den Beschlussvorschlag würde sie aber ablehnen.



Stv. Landrat Strömer schloss sich im Namen seiner Gruppe den Vorrednern an.

Landrat Weber teilte mit, dass das Land derzeit nicht entscheiden würde. Um handlungsfähig zu bleiben sei es wichtig, flexibel zu sein. Der Entwurf des Beschlusses sei zudem allen zugänglich und öffentlich einsehbar und damit transparent.

Sodann fasste der Kreistag folgenden Beschluss:

Der Kreistag beschließt, die Zuständigkeit für die Entscheidung über den Abschluss einer Verwaltungsvereinbarung mit dem Land Niedersachsen auf den Kreisausschuss zu übertragen.



Abstimmungsergebnis:

 Ja-Stimmen: 34 Nein-Stimmen: 14 Enthaltungen: 1
 **mehrheitlich beschlossen**

TOP 10 **Kreisschulbaukasse: Haupt- und Realschule der Stadt Aurich**
Vorlage: VIII/2016/004

Der Bewilligung eines Darlehens aus der Kreisschulbaukasse in Höhe von insgesamt 356.500 Euro für die Erweiterung der Realschule der Stadt Aurich wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

 Ja-Stimmen: 49 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
 **einstimmig beschlossen**

TOP 11 **9. Änderung der Satzung über die Festlegung der Schulbezirke für die Schulen des Primarbereiches und des Sekundarbereiches I in der Trägerschaft des Landkreises Aurich**
Vorlage: VIII/2016/002

Erster Kreisrat Dr. Puchert erklärte, dass Kernziel des im Dezember 2014 beschlossenen Schulentwicklungsplanes sei, ein möglichst leistungsfähiges Netz von Schulangeboten im Sekundarbereich kreisweit zu entwickeln. Nicht nur in den Mittelzentren, sondern auch in den Landgemeinden solle es möglichst zukunftsfähige Sekundarschulen geben.

Die Qualität einer Schule, so **Erster Kreisrat Dr. Puchert**, hänge aber entscheidend von der Schülerzahl ab; für eine Vielfalt von Differenzierungsangeboten brauche man eine hinreichend hohe Schülerzahl. Angesichts der demographischen Verhältnisse und des nunmehr nach Wegfall der Laufbahneempfehlungen absolut freien Elternwillens sei die Lenkung von Schülerströmen über Schulbezirkssatzungen unverzichtbar. Im Rahmen der Diskussion über den Schulentwicklungsplan sei die Notwendigkeit von Schuleinzugsbereichen, insbesondere bei der Umwandlung von Kooperativen Gesamtschulen zu Integrativen Gesamtschulen vom Gutachter wie auch von der Kreisverwaltung als zwingende Konsequenz benannt worden.

Erster Kreisrat Dr. Puchert erklärte weiter, dass sich für die neugegründete IGS Ihlow bei gerade mal 133 Schülern im aktuellen Vierten Jahrgang eine gewisse Planungssicherheit nur über einen Schuleinzugsbereich erwirken lasse, der die Schülerinnen und Schüler, welche nicht die Realschule oder das Gymnasium besuchen wollen, auf das Schulangebot in der Gemeinde selbst verweise. Zum Vergleich stellte **Erster Kreisrat Dr. Puchert** dar, dass in den Gemeinden Südbrookmerland und Brookmerland aktuell 320 Schüler die 4. Klasse besuchen. Hier sei deshalb bislang die Überlegung, dass bei einer derart hohen Schülerzahl im Primarbereich den Eltern in den Ortsteilen Moordorf und Wiegboldsbur das Recht eingeräumt werden könne, sich zwischen der IGS Marienhafte und der IGS West in Aurich entscheiden zu können.

Das Aussetzen der Entscheidung über den Schuleinzugsbereich würde dagegen Angst vor der Entscheidung widerspiegeln. Die Prognoseunsicherheiten würden genauso



fortbestehen, wie es Eltern gebe, die legitimerweise in ihrer Entscheidung völlig frei bleiben wollten. Konfliktfrei werde die Entscheidung über die Schulbezirkssatzung im Frühjahr 2017 jedenfalls auch nicht sein. Wenn man den Mut habe, einen Schulentwicklungsplan zu entwerfen, dann müsse man auch den Mut haben, Schuleinzugsbereiche zu ziehen.

Abg. Dirks erläuterte den Antrag ihrer Fraktion. Sie erklärte, dass Kernaussage des Schulentwicklungsplanes sei, die wohnortnahe Beschulung zu stärken, klare Schuleinzugsbereiche festzulegen, um die Qualität und die Zukunftsfähigkeit der Schulen in den Gemeinden zu stärken. Eine Abwanderung in die Städte sollte vermieden werden. Auch auf dem Land solle es möglich sein, eine Sekundarstufe II zu besuchen. Konkret zu Ihlow, so **Abg. Dirks**, sei empfohlen worden, die KGS in eine IGS umzuwandeln, damit der Schülerstrom aus Ihlow zur IGS Aurich-West aufgefangen werde. Dieser Empfehlung sei man mit der Verabschiedung des Schulentwicklungsplanes gefolgt.

Abg. Dirks erklärte weiter, dass die KGS Ihlow nunmehr eine Genehmigung als IGS erhalten habe. Konsequenz sei nun, die Schuleinzugsbereiche für Ihlow festzulegen, um somit der Schule und der Gemeinde Planungssicherheit zu geben. Bis zu diesem Punkt könne man dem Verwaltungsvorschlag folgen.

Abg. Saathoff blickte zurück auf die lange Kreistagssitzung im Dezember 2014, die sie noch in guter Erinnerung habe. Damals sei ein Ergebnis unter anderem gewesen, dass es in Aurich eine Schule zu viel gebe. Man habe gedacht, Aurich würde dieses Problem lösen. Dies habe sich so aber nicht bewahrheitet. Der Landkreis Aurich sei als Schulträger für die IGS Aurich-West und Aurich-Ost, die Gemeinde Ihlow für die IGS Ihlow zuständig. Der Vorschlag ihrer Fraktion sei es, die Entscheidung über die Bereiche für ein Jahr auszusetzen, um Klarheit zu schaffen. Derzeit sei die IGS Ihlow noch im Aufbau und die beiden anderen Schulen müssten umstrukturiert werden. Es sei sinnvoll, bis zum Abschluss des Aufbaus in Ihlow die Einzugsbereiche auszusetzen. Die Schulen könnten so mehr Sicherheit bekommen.

Die Ihlower Bürger, insbesondere die Eltern, hätten sich zudem seinerzeit nicht eindeutig für eine IGS entschieden, so **Abg. Saathoff**. Der Elternwille sei insgesamt in dieser Entscheidung sehr kurz gekommen. Die Eltern würden nur das Beste für ihre Kinder wollen. Die Ihlower Eltern hätten aber nun kein Wahlrecht mehr. Ihre Kinder könnten nun nicht Schulen besuchen, die bereits Erfahrung hätten. Zudem sei es durch die Festlegung der Einzugsbereiche auch nicht mehr möglich, Geschwisterkinder auf die gleiche Schule zu schicken. Insgesamt sei die Wahlfreiheit erheblich eingeschränkt. **Abg. Saathoff** bat daher um Zustimmung zu ihrem Antrag. Nur so könne den Schulen in Ihlow und Aurich die Möglichkeit gegeben werden, Vertrauen zu entwickeln. Ein Jahr könne in diesem Fall für eine ganze Menge Klarheit sorgen und schade niemandem.

Abg. Constant plädierte dafür, sichere Voraussetzungen zu schaffen. Dieser Schritt sei entscheidend in der Schulpolitik. Man dürfe die IGS Aurich-West nicht im Regen stehen lassen. Die Eltern hätten sich für das kommende Schuljahr schon für eine Schule entschieden. Der Antrag der CDU käme daher zu spät. In einer Mitgliederversammlung bei der IGS Marienhafte sei zudem kein Handlungsbedarf gesehen worden, die Schuleinzugsbereiche festzulegen. Die Schülerzahlen seien auch jetzt schon hervorragend. Aus diesem Grund solle man lieber noch ein Jahr warten. Die CDU tue den Eltern mit ihrem Antrag keinen Gefallen.

Abg. Seelgen erklärte, sie habe sich zunächst dem Antrag der kleinen Fraktionen angeschlossen. Eigentlich plädiere sie aber für eine Schule für alle Kinder. Sie könne allerdings auch den Antrag der CDU nachvollziehen, da so gleiches Recht für alle geschaffen werde. Dass es in Aurich eine Schule zu viel gebe, dürfe jedoch nicht zum Problem für Ihlow werden. Daher sei ein Schuleinzugsbezirk für Ihlow notwendig.

Abg. Sievers fragte, wie der letzte Absatz aus dem Antrag der CDU zu bewerten sei. **Abg. Dirks** entgegnete, dass sie damit nicht sagen würden, dass die Schuleinzugsbezirke in Südbrookmerland sofort umgesetzt werden müssten.

Abg. Terfehr erklärte, dass es laut Gutachten von biregio in Ihlow einen starken Trend zur IGS gegeben habe und Ihlow diesem Trend gefolgt sei. Der Schulentwicklungsplan habe seinerzeit vorgeschlagen, kleinere Schulen durch Festlegung von Einzugsbereichen abzusichern. Ihlow würde dies nun in Anspruch nehmen. Bei der IGS Marienhafte gebe es bereits jetzt eine hohe Akzeptanz und mehr Anmeldungen, die für eine Sechszügigkeit notwendig seien. Laut der Verantwortlichen gebe es zurzeit keinen Handlungsbedarf. Dort sollte der Einzugsbereich erst zum 01.08.2017 festgelegt werden. In Ihlow sei dies aber jetzt schon notwendig, um den Standort zu festigen. Bei der IGS Marienhafte würde die Festlegung aber zu einer zu großen Schulgröße und eventuellen Losverfahren führen. Der Landkreis Aurich müsse sich als Schulträger seiner Verantwortung bewusst sein und dürfe die Arbeit jetzt nicht mehr kurzfristig erschweren.

Die SPD stimme den Änderungen der Satzung zu. Darüber hinaus schlug **Abg. Terfehr** vor, dass die Grundschulbezirke Moordorf und Wiegboldsbur der Gemeinde Südbrookmerland nur bis zum Schuljahresende 2016/2017 zum Schulbezirk der IGS Aurich-West gehören sollen.

Abg. Behrens erklärte, die CDU habe bereits am 03.03.2016 und am 10.03.2016 ihren Antrag kundgetan. Ziel des Antrags sei die Gleichbehandlung der Schulen. Man habe jedoch nie gesagt, dass alles sofort umgesetzt werden müsse. Die Aussage des Abg. Constant sei dahingehend nicht fair. Die CDU ziehe ihren Antrag jedoch zurück und schließe sich dem Vorschlag der SPD an.

Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorlagen, ließ **Vorsitzender Thiele** zunächst über den gemeinsamen Antrag von Bündnis 90/Die Grünen, GfA/FDP und den Freien Wählern abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 13 Nein-Stimmen: 35 Enthaltungen: 0
 ➔ **mehrheitlich abgelehnt**

Sodann ließ **Vorsitzender Thiele** über den erweiterten Beschlussvorschlag inklusive der Änderungen der SPD abstimmen:

Der 9. Änderung der Satzung über die Festlegung der Schulbezirke für die Schulen des Primarbereiches und des Sekundarbereiches I in der Trägerschaft des Landkreises Aurich wird zugestimmt.

Darüber hinaus beschließt der Kreistag, dass die Grundschulbezirke Moordorf und Wiegboldsbur der Gemeinde Südbrookmerland nur bis zum Schuljahresende 2016/2017 zum Schulbezirk der IGS Aurich-West gehören sollen.



Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 35 Nein-Stimmen: 13 Enthaltungen: 0
➔ **mehrheitlich beschlossen**

TOP 12 **Antrag Bündnis 90/Die Grünen, FW und GFA/FDP vom 12.11.2015:**
Anpassung von Beförderungsabständen an den Regelbeurteil-
lungszeitraum
Vorlage: VIII-AF/2015/037

Abg. Griesel erklärte, die Antwort der Kommunalaufsicht aus Hannover beziehe sich auf die Probezeit. Diese habe man mit dem Antrag nicht im Blick gehabt. Es sei zwar keine Mehrheit für den Antrag in Sicht, man gebe sich aber dennoch nicht geschlagen und ziehe den Antrag nicht zurück. Weiterhin solle der Antrag noch einmal im Personalausschuss behandelt werden.

Sodann fasste der Kreistag folgenden Beschluss:

Der Kreistag beschließt, dass für alle Beamte mit sofortiger Wirkung ein Mindestabstand zwischen einzelnen Beförderungen von 3 Jahren festgelegt wird. Die entspricht dem Regelbeurteilungszeitraum.

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 13 Nein-Stimmen: 30 Enthaltungen: 0
➔ **mehrheitlich abgelehnt**

TOP 13 **Bericht des Landrates**

Es lag kein Bericht vor.

TOP 14 **Einwohnerfragestunde**

Es lag keine Wortmeldung vor.

TOP 15 **Verschiedenes, Wünsche, Anregungen**

Abg. Roß kritisierte die automatische Vergabe der Prüfverfahren an Dr. Flick. Er frage sich, wer aus der Verwaltung mit Dr. Flick verheiratet sei.

Landrat Weber entgegnete, ihm seien bei keinem Mitarbeiter entsprechende Verwandtschaftsverhältnisse zu Dr. Flick bekannt.



TOP 16 **Schließung der öffentlichen Sitzung**

Vorsitzender Thiele schloss um 19:52 Uhr die öffentliche Sitzung.

gez. Weber

Landrat

gez. Thiele

Vorsitzender

gez. Schoone

Protokollführerin

